



FINANZEN UND SCHULEN

Die jahrelange Sparpolitik von CDU und SPD ist gescheitert: Ende 2020 wird Ludwigshafen über 1,4 Milliarden Schulden haben. Diesen Schuldenberg wird unsere Stadt alleine nie mehr abtragen können. Steigen die Zinsen, explodieren diese Schulden. Gleichzeitig erwirtschaften Bund und Land Überschüsse. Dies bedeutet, dass sich Bund und Land auf Kosten der Stadt Ludwigshafen sanieren. CDU, SPD, Grüne und FDP sind oder waren alle in Regierungsverantwortung, aber selbst die Ludwigshafener Abgeordneten haben unsere Stadt vergessen. Im Stadtrat haben die Großkoalitionäre von SPD und CDU bisher jede vernünftige Zusammenarbeit abgelehnt. Dies verhindert ein entschlossenes Vorgehen, beispielsweise bei den Schulen. Hier existiert ein Sanierungsstau von über 290 Millionen Euro. Die katastrophalen Folgen dieser Sparpolitik sind nicht mehr zu übersehen: stinkende Schultoiletten und Regenwasser durch undichte Dächer sind schon fast die Norm. Leider akzeptieren CDU, SPD und Grüne diese Zustände. Wir haben gefordert, dass der Stadtrat geschlossen gegen diese Zustände vorgeht, und als ersten Schritt fünf Millionen Euro für die Schulsanierung beantragt. Wenn der gesamte Stadtrat dafür eintritt, kann die Landesregierung eine Besserung dieser Zustände nicht verweigern. Hier zeigt die große Koalition von CDU und SPD wie verheerend ihre Wirkung auf die Stadt ist. Anstatt für Besserung zu kämpfen, wird argumentiert, die Verwaltung unter Leitung des Baudezernenten Klaus Dillinger, der gemeinsam von CDU und SPD für acht Jahre gewählt wurde, sei nicht in der Lage die vorhandenen Gelder zu verbauen!

FOLGENDE THEMEN HABEN WIR AUFGEGRIFFEN:

- » Einführung eines Bürgerhaushaltes
- » Open Data
- » Baulückenkataster
- » Einführung einer Buslinie zwischen der Pflingstweide und Frankenthal
- » Digitaler Mängelmelder
- » Sanierung der Pegeluhr auf der Parkinsel
- » Familienkarte für das Wildgehege
- » Anfrage bei der BASF zur Unterstützung der Eulen-Handballer
- » Bau von Sozialwohnungen
- » Überprüfung der Messstellen für die Feinstaub- und CO₂ Messung (Heinigstraße)
- » Neubesetzung der Leitung des WBL (zuständig für Müll, Grünflächen) nach über 2 Jahren durch den wiedergewählten Baudezernenten
- » Flüchtlingsbeauftragten beantragt
- » Die Versorgung von Politikern der Groko Partner CDU und SPD mit lukrativen Posten bei städtischen Tochterfirmen haben wir abgelehnt (Merkel, van Vliet und Krauß zur GAG, Kartes, Appel und Feid zur TWL)
- » Freies WLAN für Ludwigshafen
 - » TWL-KOM hat dies in Teilen dann umgesetzt
- » Verbesserung der Firmentickets im ÖPNV (job-Ticket), gerade angesichts der Feinstaubproblematik und der Verkehrsstaus, leider haben SPD, CDU und Grüne nicht zugestimmt

Kontakt

Dr. Rainer Metz
Schuckertstr. 8
67063 Ludwigshafen

☎ 0621 694653
dr.r.metz@fwg-lu.de
www.fwg-lu.de

FWG-Fraktion-Ludwigshafen a. Rhein
Geschäftsstelle

Schuckerstraße 8
67063 Ludwigshafen

Impressum

Herausgeber: FWG-Fraktion-Ludwigshafen am Rhein, vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Metz, Schuckertstr. 8, 67063 Ludwigshafen

Gestaltung: pixelarbeiter – Agentur für visuelle Kommunikation
Neubrucker Straße 9927, 55768 Hoppstädten-Weiersbach
www.pixelarbeiter.de



Mehr Infos unter: www.fwg-fraktion-lu.de ·



STARK VOR ORT

GUT FÜR LUDWIGSHAFEN





LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

mit diesem Flyer gibt Ihnen die Stadtratsfraktion der Freien Wähler einen Ausschnitt über ihre Arbeit für die Stadt Ludwigshafen in den letzten fünf Jahren.

Als Freie Wähler sind wir ein eingetragener Verein, der die Interessen von Ludwigshafen vertritt. Wir sind unabhängig von der Landesregierung in Mainz sowie der Bundesregierung in Berlin. Wir setzen uns ausschließlich für die Interessen unserer Stadt ein.

Schon vor 2014 haben wir beantragt, dass die Stadt Ludwigshafen die Landesregierung wegen der absolut unzureichenden Finanzausstattung verklagt. Das von den Freien Wählern seit Jahren eingeforderte Konnexitätsprinzip, was bedeutet: „Wer bestellt, der bezahlt!“, wird seit Jahren zu Lasten von Ludwigshafen durch die Politiker in Mainz und Berlin mit Füßen getreten. Bestes Beispiel: die kostenlose Kita. Unsere Stadt muss bis zum Jahr 2025 in die Kindertagesstätten 178.000.000€ investieren, wovon nur 27.000.000€ über Zuschüsse wieder zurückgefließen sind. Alles andere muss die Stadt über Fremdkapital finanzieren!

Da wir einen Schuldenberg von 1,4 Milliarden Euro vor uns herschieben, leben wir derzeit auf Kosten unserer nachfolgenden Generationen. Selbst unsere Ludwigshafener Bundes- und Landtagsabgeordneten haben nicht verhindert, dass durch neue Gesetze unsere Stadt sich weiter verschulden muss. Informieren Sie sich über unsere Arbeit! Wir sehen uns als Bürgerinitiative, die die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger wahrnimmt. Gerne nehmen wir Ihre Ideen und Anregungen auf! Setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Rainer Metz,
Fraktionsvorsitzender

LIVEÜBERTRAGUNG DER STADTRATSSITZUNGEN IM INTERNET

In der Stadtratssitzung am 10. Dezember 2012 hat unsere Fraktion beantragt, die öffentlichen Ratssitzungen via Live-Stream im Internet zu übertragen. Die große Koalition aus CDU und SPD hat dies damals verhindert. Während des vergangenen OB-Wahlkampfes hat die jetzige OB Jutta Steinruck die Übertragung in ihr Wahlprogramm mit aufgenommen.

Mit der ersten Liveübertragung der Stadtratssitzung am 10. Januar 2018 war es endlich soweit. Es freute uns umso mehr, dass wir alle einen Monat später in der Zeitung lesen konnten, dass plötzlich auch die CDU mit einer Liveübertragung zufrieden sei und diese unterstützt. Jetzt wird die Live-Übertragung Realität und umgesetzt. Alle Fraktionen des Stadtrates haben dem zugestimmt. Ein Erfolg für die FWG aus Ludwigshafen.

WLAN FÜR LUDWIGSHAFEN

Als Freie Wähler haben wir 2013 als erste im Stadtrat das freie WLAN für Ludwigshafen gefordert. Aus den drei – von uns – vorgeschlagenen Möglichkeiten wurde die TWL-KOM damit beauftragt, Hotspots in Ludwigshafen aufzubauen. Diese sind nun auf unterschiedlichen Standorten in der Stadt verteilt. Ein guter erster Schritt in die richtige Richtung. Natürlich haben wir uns mehr erhofft, aber zumindest wurde unsere Forderung in die Tat umgesetzt.

DIGITALE VERWALTUNG

Wir haben Online-Kfz-Anmeldungen gefordert, welche nun real geworden sind. Ebenso hat die FWG im Stadtrat die Online-Anmeldung für Kita-Plätze gefordert. Diese ist im September 2018 gestartet. Für die Bürger sind dies wesentliche Verbesserungen und weniger Lauferei.

KINDERTAGESSTÄTTEN

1.400 Kita Plätze fehlen, davon können allein 270 wegen Personalmangels nicht besetzt werden!

Die Eltern werden alleine gelassen. Wir haben deshalb ein online-Anmeldesystem für die Kitas beantragt und durchgesetzt. Gleichzeitig haben wir uns um eine bessere Beratung der Eltern bei der Suche nach einem Platz gekümmert. Auch forderten wir eine bessere Beratung und Förderung der Kindertagespflegepersonen.

60 Prozent der Grundschüler haben einen Migrationshintergrund und 15 Prozent der Schulabgänger erreichen keinen Abschluss. Angesichts dieser Zahlen fordern wir seit Jahren die Umwandlung der Kitas in Vorschulen mit Pflichtbesuch und Übernahme der Personalkosten durch das Land. Auch hier haben die Politiker der großen Parteien werbewirksam das Recht auf einen Kindergartenplatz verkündet, die Finanzierung in Millionenhöhe über Schulden überlassen sie der Stadt!

TIERSCHUTZ

Wir haben uns für eine Kastrations- und Registrierpflicht für frei lebende Katzen eingesetzt und verlangen mehr Hundauslaufplätze.

SICHERHEIT

Am Berliner Platz haben viele Bürger berechnete Ängste, auch tagsüber und nicht nur zu Betriebszeiten der Diskotheken an den Wochenenden. Seit langem setzen wir uns daher für eine Polizeiwache dort ein. Gleichzeitig muss der Platz freundlicher gestaltet werden beispielsweise durch eine Begrünung. In den Ortsteilen haben wir uns für den 2. Bezirksbeamten, der vor Ort den Kontakt zum Bürger sucht, stark gemacht, CDU und SPD haben dies entgegen vollmundiger Wahlversprechen abgelehnt.

INNENSTADT: GESAMTKONZEPT DRINGEND NOTWENDIG!

Sehr große Veränderung gibt es in der Innenstadt: die Tortenschachtel ist ebenso wie das Engelhorn-Hochhaus verschwunden. Das Loch am Berliner Platz befindet sich leider in Privatbesitz, dies schränkt die Möglichkeiten der Stadt sehr ein. Damit kein jahrelanger Stillstand eintritt, hat der Stadtrat mit unserer Zustimmung dem Investor eine allerletzte Chance eingeräumt. Die Hochstraßen Nord und Süd sind nach Aussage aller Experten in einem nicht sanierbaren Zustand. Hier kommen gewaltige und unabsehbare Aufgaben und Belastungen auf die Stadt zu. Wir haben uns bemüht, das Rathaus-Center zu erhalten, aber der Abriss bis zur Filiale der Nordsee erzwingt die Schließung, auch deshalb weil der Betreiber ECE sich endgültig zurückzieht. Auch die Zukunft des Rathauses ist ungeklärt, obwohl große Teile seit fast zwei Jahren leer stehen. Wir fordern daher dringend ein Gesamtkonzept für die Innenstadt. Wir schlagen vor, dass insbesondere Bildungseinrichtungen als Belegung in die Innenstadt kommen.

BÄDERSITUATION

Nach jahrelangem Hinhalten konnte endlich für über 10 Millionen Euro das Willersinnfreibad saniert werden. Leider ist es nur für ca. vier Monate in Betrieb, daher halten wir lang- und mittelfristig ein Kombibad für dringend erforderlich. In LU wurde eine große Chance vertan wie das Beispiel Speyer zeigt: dort wurde für 14 Millionen Euro mit dem Bademaxx ein sehr gut angenommenes Kombibad gebaut. Ein Kombibad wird jetzt auch in Mannheim geplant. Auch das Land unterstützt bevorzugt den Bau von Kombibädern, da diese sehr viel wirtschaftlicher betrieben werden können als Freibäder.